V-60 Für eine progressive Finanzpolitik, weg mit der Schuldenbremsen-Ideologie!

Antragsteller*in: Vincent Lohmann (KV Krefeld)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Wenn Rechtsextreme und Faschisten erstarken, unsere Infrastruktur zerfällt und die Klimakatastrophe langsam unsere Lebensgrundlagen zerstört, dann muss sich dringend etwas grundsätzlich ändern.

Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen für den Erhalt der Demokratie, für effektiven Klimaschutz und für eine gerechtere Gesellschaft:

Die Abschaffung der Schuldenbremse und ein Bekenntnis zu einer progressiven Finanzpolitik.

Die Kreditaufnahme ist auch nach der Abschaffung der Schuldenbremse durch die europäischen Schuldenregeln (Verträge von Maastricht) beschränkt. Perspektivisch sollten diese reformiert werden, um eine progressive, europäische Finanzpolitik zu ermöglichen.

Um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden – sei es der Kampf gegen den Klimawandel, der Erhalt der Demokratie oder die Sicherung sozialer Gerechtigkeit – müssen wir die Ideologie der starren Sparpolitik und der Schuldenbremse überwinden. Stattdessen muss der Staat die Möglichkeit dazu haben, einen Haushalt aufzustellen, ohne dabei abhängig von Steuereinnahmen zu sein. Die Schuldenbremse behindert jedoch genau diese Flexibilität und verschärft dadurch viele Probleme.

Im Folgenden zeigen wir auf, warum die Schuldenbremse abgeschafft werden sollte und wie eine progressive Finanzpolitik dazu beitragen kann, eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft zu erreichen:

1. Der Staat ist kein privater Haushalt

Die Annahme, ein Staatshaushalt hätte die gleiche Funktionsweise wie ein privater Haushalt, ist ein Trugschluss, welchem wir uns bewusst entgegensetzen müssen.
Denn wer Sparsamkeit des Staates verlangt, verlangt damit auch geringere Einnahmen der privaten Haushalte und Unternehmen.
Zwischen den Ausgaben des Staates und den Einnahmen der Unternehmen und privaten Haushalte besteht ein eindeutiger kausaler Zusammenhang.
Das führt dazu, dass unsere Wirtschaft von den Ausgaben und Investitionen des Staates langfristig profitiert und damit auch die Attraktivität des Produktionsstandortes Deutschland.
Die Kreditaufnahme oder auch Schulden sind deshalb nicht negativ zu bewerten, sondern als Investition in unser Land und unsere Demokratie.

2. Der Staat als Schöpfer seiner eigenen Währung

Der deutsche Staat ist einer der Herausgeber des Euros und ist deshalb nicht auf Einnahmen angewiesen, um Ausgaben zu tätigen. Vielmehr muss Deutschland als Währungsherausgeber erst Geld ausgeben, um es dann wieder einnehmen zu können. Ein Kino kann auch erst Tickets „einnehmen", wenn es sie vorher „ausgegeben" hat.

Die Schuldenbremse ignoriert diese Realität und zwingt den Staat dazu, wie ein privater Haushalt zu agieren. Das Ergebnis: Marode öffentliche Infrastruktur, geringes Wirtschaftswachstum, mangelnde Investitionen in Klimaschutz und Zukunftstechnologien und ein viel zu schwacher Sozialstaat.

3. Steuern zum Steuern, nicht zur Finanzierung von Staatsausgaben

Steuern haben deshalb nicht die Aufgabe, die Ausgaben des Staates zu finanzieren. Sie dienen dazu, die Nachfrage zu steuern und soziale Ungleichheit zu verringern. Außerdem können sie dem Staat auch dazu dienen, überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen, um Inflation zu verhindern.
Durch die Fesseln der Schuldenbremse werden Steuern allerdings hauptsächlich als Mittel zur Finanzierung von Staatsausgaben gesehen. Die Abschaffung der Schuldenbremse würde deshalb ermöglichen, den Fokus stärker auf die realen Aufgaben der Steuerpolitik zu richten: Auf die Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Förderung sozialer Gerechtigkeit, anstatt auf Haushaltskonsolidierung.

4. Reale Ressourcen sind die wahre Grenzen staatlicher Ausgaben

Die wahre Grenze staatlicher Ausgaben liegt nicht in der Höhe der Staatsverschuldung oder Schuldenquote, sondern in der Verfügbarkeit von realen Ressourcen wie Arbeitskräften, Rohstoffen und Produktionskapazitäten. Solange diese Ressourcen nicht genutzt werden, kann der Staat sie durch seine Ausgaben mobilisieren, ohne negative Konsequenzen wie Inflation befürchten zu müssen.

Die Schuldenbremse richtet sich jedoch nach abstrakten Verschuldungsgrenzen, die nichts über die reale Kapazität der Wirtschaft aussagen. Progressive Finanzpolitik hingegen würde es dem Staat ermöglichen, ungenutzte Ressourcen wie Arbeitslose und ungenutzte Produktionskapazitäten zu mobilisieren und so die Produktivität unserer Wirtschaft zu steigern.

5. Schutz vor Inflation durch gezielte finanzpolitische Maßnahmen

Die Schuldenbremse wird fälschlicherweise häufig mit dem Argument gerechtfertigt, sie schütze vor Inflation. Jedoch ist es bei Inflation wichtig zu unterscheiden, ob es sich um eine angebots- oder nachfrageseitige Inflation handelt, um passende Gegenmaßnahmen treffen zu können.

Eine angebotsseitige Inflation entsteht, wenn die Kosten der Unternehmen steigen und sie diese Kosten in Form von höheren Preisen an die Kunden weitergeben. Diese Form von Inflation haben wir alle erst vor Kurzem durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine erlebt, wodurch sich die Kosten für Erdöl und Erdgas schlagartig erhöhten. Diese Inflation wurde von der Ampelkoalition durch die Energiepreisbremse abgefedert, da diese die Energiepreise für den Grundverbrauch deckelte. Diese Energiepreisbremse konnte nur über Schulden finanziert werden, die durch das Aussetzen der Schuldenbremse möglich waren. Das Einhalten der Schuldenbremse hätte deshalb in diesem Fall zu einer deutlich stärkeren Inflation geführt.

Allerdings hätte die Inflation noch geringer ausfallen können, wenn die Regierung vor der Krise deutlich mehr in erneuerbare Energien investiert hätte, da dies die Abhängigkeit von Öl und Erdgas reduziert hätte.
Weitgehende Investitionen in erneuerbare Energien waren jedoch auch wegen der Schuldenbremse nicht möglich.

Eine nachfrageseitige Inflation entsteht dann, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die Produktionskapazitäten übersteigt. Dies kann zum Beispiel durch hohe Lohnsteigerungen entstehen. Dies kann eine Schuldenbremse jedoch auch nicht verhindern.

Statt also vergeblich die Ursache der Inflation in den Staatsschulden zu suchen, braucht es gezielte finanzpolitische Maßnahmen, welche die Ursachen der Inflation berücksichtigen.

6. Proaktives statt reaktionäres Handeln

Momentan ist der Staat in seinem Handeln darauf beschränkt, nach Krisen durch Aussetzen der Schuldenbremse die Folgen der Krise abzumildern. Allerdings ist in nahezu allen Fällen die Krisenprävention deutlich günstiger als die Reaktion auf diese.
Im Fall der Klimakatastrophe ist reaktionäres Handeln oftmals sogar gar nicht mehr möglich, da viele Folgen der Klimakatastrophe irreversibel sind. Hier benötigt es jetzt Milliardeninvestitionen in Klimaschutz, welche mit der Schuldenbremse nicht zu stemmen sind.
Je früher wir in Klimaschutz investieren, desto effektiver und günstiger ist dieser. Deshalb muss der Staat auch die Möglichkeit haben, sich präventiv gegen Krisen zu wappnen. Wenn der Staat jedoch durch die Fesseln der Schuldenbremse finanziell stark eingeschränkt ist, gibt es kaum Möglichkeiten für höhere Staatsausgaben, um die Prävention für zukünftige Krisen zu finanzieren.

7. Erreichen von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, sozialer Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung

Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung erreichen zu können, braucht es einen handlungsfähigen Staat, der nicht von den Fesseln der Schuldenbremse eingeschränkt wird.

Wirtschaftswachstum erfordert vor allem die staatliche Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Subventionierung von sinnvollen Projekten. Momentan ist die Nachfrage in Deutschland stark unter ihrem

Potential, auch aufgrund der hohen Preissteigerungen der letzten Jahre. Hier kann langfristig nur ein groß angelegtes Konjunkturpaket die Nachfrage wieder effektiv ankurbeln.

Ebenfalls benötigt es für soziale Gerechtigkeit mehr Sozialausgaben. Diese Ausgaben sollten hier nicht als finanzielle Last angesehen werden, sondern als Chance für unsere Wirtschaft, die durch die zusätzliche Nachfrage wieder angekurbelt werden kann. Denn anders als beispielsweise eine Millionenerbin, spart der Bürgergeldempfänger nicht, sondern nutzt sein gesamtes Einkommen zum Konsum und steigert so die Nachfrage, was im Moment sehr gut für unsere Wirtschaft wäre.

Für Vollbeschäftigung müssen mehr Arbeitsplätze durch staatliche Maßnahmen geschaffen werden. Denn wer auf die Selbstheilungskräfte des Marktes wartet, wartet vergeblich. Arbeitslosigkeit ist ein Versagen der Finanzpolitik, keine individuelle Schuld von Arbeitssuchenden. Dies zeigt sich besonders in der aktuellen Wirtschaftslage, wo es deutlich mehr Arbeitslose als offene Stellen gibt.
In der aktuellen Wirtschaftslage ist es ohne staatliches Eingreifen unmöglich, dass alle jobsuchenden Personen einen Job finden können. Egal, wie sehr sie sich anstrengen.

Ohne die Abschaffung der Schuldenbremse ist das Erreichen aller dieser Ziele nicht möglich.

8. Klimaschutz und ökologische Transformation

Die Einhaltung der Klimaziele erfordert massive Investitionen in grüne Technologien, erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur. Diese werden jedoch durch die Schuldenbremse auf ein Minimum reduziert.
Ohne deutlich höhere öffentliche Investitionen wird der ökologische Umbau der Wirtschaft verzögert, was langfristig nicht nur zu höheren Kosten, sondern auch zu schweren Klimafolgen für uns alle führt.
Hier muss die Finanzpolitik die Bekämpfung der Klimakrise unterstützen, nicht verhindern!

9. Funktionierende Infrastruktur statt Investitionsstau

Die strikte Begrenzung der staatlichen Ausgaben durch die Schuldenbremse hat bereits zu einem massiven Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und beim Klimaschutz geführt. Als die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt investieren wir viel zu wenig in unsere Infrastruktur. Dafür ist die Schuldenbremse verantwortlich.

Ohne ausreichend staatliche Investitionen verfallen öffentliche Güter, was sich zunehmend spürbar für uns alle zeigt. Trotzdem lassen wir zu, dass die Schuldenbremse den dringend notwendigen Wandel zu einer klimaneutralen und sozial gerechten Gesellschaft blockiert.

10. Sparpolitik führt zur Erstarkung von Rechtsextremismus

Historisch hat sich immer wieder gezeigt, dass Sparpolitik zum Erstarken von rechtsextremen Kräften führt. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten wäre 1933 wahrscheinlich nicht so einfach möglich gewesen, wenn 1930 Reichskanzler Brüning durch seine Sparpolitik nicht massive soziale Verwerfungen und damit eine große Wirtschaftskrise ausgelöst hätte.
Der gleiche Zusammenhang bestand nicht nur damals, sondern besteht auch heute immer noch.
Nach der Finanzkrise 2007 konnte dies auch in Griechenland beobachtet werden. Aufgrund der aufgezwungenen Austeritätspolitik kam es dort zu einem starken Zulauf zu rechtsextremen Parteien. Und aktuell führt bei uns Sparpolitik zum Erstarken der rechtsextremen AfD.

Sparpolitik sorgt für gesellschaftliche Verwerfungen, die das Vertrauen der Bürger*innen in staatliche Institutionen schwächen. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass der Staat nicht in ihre Zukunft investiert und soziale Sicherungssysteme aushöhlt, wenden sich viele radikalen Kräften zu. Die Schuldenbremse verstärkt das Gefühl der Abgehängten und fördert damit auch Populismus.

weitere Antragsteller*innen

Karsten Ludwig (KV Krefeld); Nico Söhnel (KV Wolfenbüttel); Chima Onyegbari (KV Krefeld); Alexander Kredel (KV Krefeld); Roxanne Motté (KV Krefeld); Dietmar Meinel (KV Krefeld); Julia Paschek (KV Krefeld); Julia Müller (KV Krefeld); Anja Cäsar (KV Krefeld); Verena Willinek-Heyer (KV Krefeld); Harry von Bargen (KV Krefeld); Benjamin Zander (KV Krefeld); Jessica Sharma (KV Hildesheim); Asaad Mahmoud (KV Hildesheim); Alisa Draken (KV Duisburg); Christian Böhning (KV Paderborn); Joshua Vossebrecker (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Malte Schäffer (KV Herford); Petra Solscheid (KV Paderborn); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.